

TILMAN REITZ/PETER ULLRICH

FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG VON LEHRE UND FORSCHUNG

**DISKUSSIONSVORSCHLAG FÜR EINE HOCHSCHULPOLITISCHE
OFFENSIVE DER LINKEN**

Hochschulen stecken in der Krise, bedingt durch neoliberale Reformen, aber auch aufgrund der eigentlich wünschenswerten akademischen Ausbildung von immer größeren Bevölkerungsteilen. Lehre, Beschäftigungsbedingungen und interne Strukturen bedürfen im Zuge dieser Bildungsexpansion dringend einer Veränderung: Sie müssen sozial gerechter und demokratischer werden. An vielen Stellen artikuliert sich immer hörbarer die Kritik. Diese Impulse gilt es aufzunehmen, um eine linke Offensive der Hochschulpolitik anzustoßen. Im Folgenden soll skizziert werden, dass für eine solche Offensive bereits im Hier und Jetzt Handlungsoptionen bestehen, die dann auch zu grundlegenden Transformationen beitragen können.

DIE PROBLEMLAGE

Das deutsche Hochschulsystem steckt in ernsthaften Schwierigkeiten. Das Problem ist nicht mangelnde Kompetenz oder Attraktivität. Der Trend zur Universalisierung des Studiums hat auch in Deutschland voll eingesetzt; es ist absehbar, dass bald über 50 Prozent eines Jahrgangs studieren werden, mit vergleichsweise guten Abschlussquoten. Dabei wurde dank einer politisch aktiven Studierendenschaft die Einführung von Studiengebühren verhindert. Zugleich wächst (langsamer) die Zahl der Forschenden und Lehrenden und ihre Leistungen sind international anerkannt. Es gäbe also gute Chancen – die besten seit den 1960er und 1970er Jahren –, Hochschulbildung von einem Privileg weniger zur Grundlage einer demokratischen Wissensgesellschaft zu machen. Die Bedingungen, unter denen in Deutschland geforscht, gelehrt und studiert wird, werden jedoch gerade durch den Erfolg des Systems und den Erfolgswillen der neoliberal geprägten Bildungspolitik verschlechtert.

Seit Jahrzehnten sinken die staatlichen Aufwendungen pro Studienplatz, und die un(ter)bezahlte Mehrarbeit, die diese Lücke teilweise füllt, wird in wachsendem Ausmaß vom prekarierten sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs geleistet. Seine Stellung ist einerseits durch ein traditionelles Missverhältnis von Mittelbau und Professuren geprägt: Einer Nachwuchsphase, die sich im Durchschnitt bis ins vierte Lebensjahrzehnt zieht, folgt der riskante und für die Mehrheit nicht zu gewinnende Kampf um die Lebenszeitstelle als Professorin oder Professor. Hinzu kommt andererseits eine dramatische Vermehrung von Nachwuchsstellen in Forschungsprojekten, auf die stillschweigend auch ein großer Teil der

Lehrbelastung abgewälzt wird. Das Verhältnis von Professuren zu befristeten Mittelbaustellen ist in Deutschland erheblich ungünstiger als etwa in England, Frankreich oder den USA, und die Zahl der Drittmittelstellen hat sich von 2003 bis 2013 beinahe verdoppelt. Befristung ist mittlerweile der Standard und die Laufzeiten der Verträge sind extrem kurz (etwa die Hälfte hat derzeit Laufzeiten unter einem Jahr; nur noch 11 Prozent der Verträge an Hochschulen laufen zwei Jahre oder länger). Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat Grundregeln gegen Kurzbeschäftigung eingeführt, doch solange sich das Verhältnis befristeter Stellen zu Dauerstellen nicht ändert, bleibt das Kernproblem unangetastet (und die Wirkung ambivalent). Die Folgen liegen auf der Hand: Wissenschaftler_innen, besonders die jüngeren, leiden unter miserablen Beschäftigungsbedingungen; die Qualität der Lehre leidet unter den immer schlechter werdenden Betreuungsrelationen.

Die Situation des Wissenschaftsprekariats und die Unter Ausstattung der Lehre sind jedoch nicht die einzigen Probleme, die fehlende Investitionen und eine wachsende Drittmittelfinanzierung auf Kosten der Grundfinanzierung mit sich bringen. Unter nach wie vor neoliberalen Vorzeichen wird die akademische Forschung gegenwärtig neu auf verschärfte Konkurrenz ausgerichtet.¹ In Wettbewerben um Fördermittel, Publikationen in vielzitierten Zeitschriften und das Prädikat «Exzellenz» lernen alle Beteiligten, sich auf Statuserfolge zu konzentrieren.² Um ihre Beschäftigung zu sichern oder ihren Marktwert zu steigern, arbeiten Forschende strategisch an Drittmittelinwerbungen und prestigeträchtigen Publikationen, statt Gelder zu beantragen, wenn sie forschungsnotwendig sind, und Ergebnisse zu veröffentlichen, wenn sie vor-

liegen. Eine Fassadenkultur der geschäftigen Simulation von Wissenschaft entsteht. Doch die Konkurrenz ist inszeniert, denn auf dem Quasi-Markt akademischer Forschung bestimmt der Staat zugleich Angebot und Nachfrage. Die hegemonale Bildungspolitik verspricht sich von den inszenierten Wettbewerben offiziell eine größere internationale «Sichtbarkeit» der deutschen Hochschulen oder einiger Spitzenuniversitäten; inoffiziell kann so gerechtfertigt werden, dass die meisten Standorte unterfinanziert bleiben und tendenziell zu bloßen Lehrinrichtungen degradiert werden. Darüber hinaus erhöhen die Wettbewerbe die Konformität in der sich dauernd selbst bewertenden Forschungsgemeinschaft³ und die Orientierung auf pseudo-objektive Kennzahlen ersetzt das Ringen um kritisierbare neue Erkenntnisse. Während sich so Quasi-Märkte als Medium akademischer Vergesellschaftung durchsetzen, bleibt die wachsende Menge wissenschaftlich Beschäftigter ohne demokratische Mitwirkungsrechte. Quasi-feudale Strukturen professoraler Herrschaft werden in neofeudale Statusmacht überführt, und statt neuer Formen akademischer Selbstregierung diskutiert man eine starke Governance oder Führung nach dem Muster von US-amerikanischen Hochschulen oder von Unternehmen.

Die ausgeweitete Hochschulbildung schafft jedoch nicht mehr Chancengleichheit, sondern begünstigt selbst ohne Studiengebühren die Vererbung von sozialen Vorrechten. Die Wahl und der erfolgreiche Abschluss der Studiengänge, die ein hohes Einkommen und Ansehen versprechen, setzen im Durchschnitt bereits eine vorteilhafte soziale Herkunft voraus (weil die ökonomische, kulturelle und soziale Ausstattung der Studierenden über deren faktische Chancen entscheiden). Die Schaffung von «Exzellenzuniversitäten» wird diese Ungleichheit voraussichtlich verschärfen: Wohlhabende und gut gebildete Eltern werden ihre Kinder auf die immer besser erkennbaren Elite-Einrichtungen lenken, während die restlichen Hochschulen und Studiengänge für die weniger privilegierten Bevölkerungsteile zuständig sein werden. Auch die Einkommensnachteile von Frauen erklären sich unter anderem dadurch, dass sie ihre überdurchschnittlichen Studienerfolge mehrheitlich in unterprivilegierten Fächern erzielen. Unter den Professor_innen hat sich in den letzten Jahren die soziale Selektivität ebenfalls wieder verschärft.⁴ Während die akademische Privilegienreproduktion also intakt bleibt, zeichnen sich keine neuen Antworten auf die entscheidende Frage ab, ob und wie Hochschulen einen Großteil der Bevölkerung sinnvoll auf den Beruf vorbereiten können. Insgesamt scheitert das deutsche Hochschulsystem an der Aufgabe, die neue Hochschulexpansion zur Erweiterung sozialer Gerechtigkeit zu nutzen und in eine substantielle Demokratisierung zu übersetzen.

PROTEST UND POLITISCHE HANDLUNGS-ANSÄTZE

Der akademische Kapitalismus der extremen Konkurrenz und die feudalen Abhängigkeiten von den zumindest kleinräumig mächtigen Professor_innen gehen in der beschriebenen Situation eine unheilvolle Allianz ein. Entsprechend stark sind die Beharrungskräfte. Dennoch führt die allgegenwärtige akademische Misere auch zu immer deutlicher hörbarer Kritik. Ganze Studiengänge haben sich vom Bologna-Prozess abgewendet und wieder Diplomabschlüsse eingeführt; das wettbewerbsförmige Ranking von Studiengängen durch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) wurde von Fächern wie der Soziologie fast geschlossen boykottiert; eine Kampagne mobilisiert gegen die falschen Versprechun-

gen der Exzellenzinitiative, eine andere kritisiert den Gender-Bias bei der Mittelvergabe. Besonders aktiv sind derzeit wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, die sich in universitären Mittelbauinitiativen und neuerdings auch innerhalb der Fachgesellschaften zu organisieren beginnen. Praktisch stoßen sie dabei auf Schwierigkeiten, die nah bei den Themen ihrer Kritik liegen: die beschriebene, mit Kurzzeitverträgen einhergehende «prekäre Mobilität» (die langfristiges Engagement verhindert), die Befristungsobergrenzen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit zusammenhängend eine nur schwach ausgeprägte Konfliktfähigkeit bei niedrigen Anspruchsniveaus.⁵ Die materiellen Existenzfragen und die Frage der (mangelnden) Demokratie an Hochschulen sind eng miteinander verknüpft.

HOCHSCHULPOLITISCHE ANSÄTZE

Das deutsche Hochschulsystem braucht einen grundlegenden demokratischen und sozialen Umbau, der lokal und bottom-up ansetzen kann, aber zugleich Unterstützung und Absicherung von den politischen Entscheidungsinstanzen erfordert. Die Grundsätze, die es neu zu verankern gilt, sind:

- gesellschaftlich brauchbare und öffentlich zugängliche Wissenschaft statt Wirtschaftsdienstleistungen und Statuswettbewerb,
- dauerhafte Beschäftigungsperspektiven statt ausgeweiteter Prekarität und bleibender Abhängigkeitsverhältnisse für das Hochschulpersonal,
- reale soziale Durchlässigkeit statt Reproduktion von Besitz- und Bildungsober-schichten im Studium,
- demokratische Selbstbestimmung aller an der Hochschule Beteiligten statt Machtkonzentration bei den Professuren und Hochschulleitungen,
- offene wissenschaftlich-politische Diskussion statt der Reproduktion ideologischer Muster in den Sozial- und Kulturwissenschaften.

An den Hochschulen und in den Bundesländern, die ja für Hochschulpolitik zuständig sind, scheint unmittelbar nicht viel Handlungsspielraum zu bestehen, weil der finanzielle Rahmen eng gesteckt ist und wichtige Impulse eher vom Bund oder (im Bologna-Prozess) aus europäischen Absprachen kommen. Allerdings haben es die Regierungen verschiedener Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen) seit gut einem Jahrzehnt immerhin vermocht, neoliberale Reformen durchzusetzen: von Stiftungsuniversitäten, die öffentliches Geld privat verwalten, bis zur Einsetzung externer Hochschulräte, in denen Vertreter der Wirtschaft dominieren. Ein Gegensteuern von links sollte hier möglich sein und selbst an einzelnen Hochschulen sowie innerhalb der Fakultäten und Institute bestehen Reformchancen. Progressive Versuche auf dieser Ebene müssten landespolitisch unterstützt oder, wo möglich, angestoßen werden und könnten damit bundesweit Alternativen eröffnen.

A. Entfeudalisierung und Demokratisierung der Institute – Ziele für die unmittelbare Zukunft (finanzneutral, teilweise vor Ort umzusetzen und von der Hochschulpolitik zu unterstützen, teilweise nur für den Übergang geeignet)

- Für drittmittelfinanzierte Projektstellen, in denen ein großer Teil der prekären «Nachwuchs-Beschäftigung» organisiert ist, lassen sich unmittelbar einige Erleichterungen

schaffen, denen durch lokale Selbstverpflichtungen auch vor einer gesetzlichen Verankerung schon ein verbindlicherer Charakter gegeben werden kann:

- Verträge werden an Projektlaufzeiten gebunden, ohne dass man Überbrückungsfinanzierungen ausschließt (wie es das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu bewirken droht). Konkret kann das heißen: Reguläre Mindestlaufzeiten für Forschungsprojekte werden festgelegt (zwei bis drei Jahre); Überbrückungen werden gesetzlich eingeräumt und durch finanzielle Rücklagen an den Einrichtungen gedeckt.
- Das Pooling von Projektstellen für längere Laufzeiten wird explizit vorgesehen, den Zielhorizont bilden unbefristete Stellen in der Forschung.
- Neue Personalkategorien und Modelle werden entwickelt, zum Beispiel halbe Dauerstellen für selbständige, promovierte Drittmittelforscher_innen als aufzustockende Basis, eine direkte Verstetigungsoption für die Transformationsphase.
- Befristete Hochdeputatsstellen in der Lehre sind keine sozial vertretbare Struktur. Über ihre Umgestaltung oder (besser) Nichteinrichtung können die Institute frei entscheiden, eine gleichmäßig verteilte hohe Betreuungslast ist besser als die Abwälzung der Arbeit auf eine neue Kategorie prekariert oder proletarisierter Mitarbeiter_innen.
- Lehraufträge sollten nur noch im ursprünglichen Sinn vergeben werden: Expert_innen aus der Praxis werden fallweise in die Lehre geholt, statt dass man Nachwuchswissenschaftler_innen und Privatdozent_innen mit nicht existenzsichernder Aufwandsentschädigung für die Grundlehre einspannt.
- Lehraufträge und die sogenannte Titellehre zur Aufrechterhaltung der Lehrbefugnis sind, solange sie noch bestehen, angemessen zu vergüten, das heißt inklusive der Vor- und Nachbereitungszeit und Prüfungen.⁷
- Unsichtbare Arbeiten, die Mitarbeiter_innen im Namen oder unter dem Namen ihrer Vorgesetzten ausführen, müssen wegfallen. Hier wären Regelungen auf der Ebene der Hochschulverfassungen und gegebenenfalls auch der Landeshochschulgesetze sinnvoll.
- Vielerorts wird eine Ersetzung der Lehrstühle oder Arbeitsbereiche durch eine Department-Struktur diskutiert, die in der Tat feudale Abhängigkeiten aufbrechen könnte: Die Mitarbeiterstellen sind nicht mehr einzelnen Professuren zugeordnet, sondern dem Institut; persönliche Abhängigkeitsverhältnisse werden in kollektiv organisierte Institutsstrukturen überführt. Ein solcher Wandel ist in breiten Teilen des hochschulpolitischen Spektrums mehrheitsfähig, er würde jedoch auf Widerstand vieler in ihrer Machtstellung bedrohter Professor_innen treffen und Reformen erfordern, zu denen die strukturkonservative Landes- und Bundespolitik bisher nicht bereit war. Doch auch den Professor_innen böte er etwas Attraktives an: eine bessere Verteilung der Betreuungslasten und damit Zeit für Forschung.
- Ergänzend oder vorbereitend zur Department-Struktur können die finanziellen Mittel in den professoralen Arbeitsbereichen (inklusive Gehälter und Zulagen) offengelegt und eine kollektive Mittelverwaltung in den Instituten eingerichtet werden.
- Damit solche Neuerungen nicht nur ab und zu privat oder in den Medien diskutiert werden, sollten in den Fachbereichen und auf Hochschulebene Foren für die Planung der Hochschule der Zukunft geschaffen werden: Wissenschaftliche Selbstverwaltung braucht garantierten Freiraum und muss über bloße Gremienarbeit hinausgehen.

B. Wiederherstellung von realen Freiräumen in Forschung und Lehre, Demokratisierung der Hochschulen – mittelfristige Ziele, die eine veränderte Landes- und Bundesgesetzgebung (und teilweise höhere öffentliche Ausgaben) erfordern

- Die Grundfinanzierung der Hochschulen ist stark auszubauen: sowohl im Verhältnis zu den Drittmitteln als auch im internationalen Vergleich (was starke Zuwächse bedeutet), proportional zur Zunahme der Studierendenzahlen.
- Dagegen gilt es, die (Pseudo-)Wettbewerbe um Forschungsgeld auf ein Minimum zurückzufahren oder sie auf solche Bereiche einzuschränken, in denen Forschungsprojekte faktisch kostspielig sind (durch Apparate, empirische Untersuchungen, Editionsarbeit) und über die bestehenden Stellen und Ausstattungen hinaus Zusatzfinanzierung erfordern.
- Die «Exzellenzstrategie», die paradigmatisch für die neuen Wettbewerbe steht und eine unnötige oder schädliche Hierarchisierung des deutschen Hochschulsystems anstrebt, muss beendet werden. Die gegenwärtig für sie verwendeten Mittel können als Beitrag zur Grundfinanzierung des Hochschulsystems umgewidmet werden.
- Als Prinzip der Grundfinanzierung kann ähnlich wie früher, aber mit größeren Spielräumen gelten: Mittel werden nach Studierendenzahlen zugeteilt, für Forschung wird auf allen Qualifizierungsstufen freie Zeit eingeräumt. Individuell sind verschiedene Gewichtungen von Forschung oder Lehre möglich.
- Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden, besonders in den Bereichen Lehre und Service (z. B. Studienberatung, Betreuung von Forschungsinfrastruktur).
- Auch im Postdoc-Bereich sind systematisch Dauerstellen (nach dem Modell der englischen Lecturer- und Reader-Stellen) auf- und auszubauen; nötig sind hier zudem sinnvolle Tenure-Track- oder sofortige Entfristungsoptionen.
- Ergänzend sind reale, individuell variable Teilzeitoptionen in allen Bereichen und auf allen Ebenen, inklusive der Professur, herzustellen.
- Der strukturelle Wandel zum Department-Prinzip sollte gesetzlich verankert werden.
- Die entprekarierten Hochschulbeschäftigten werden verstärkt Möglichkeiten haben und nutzen wollen, ihre Angelegenheiten demokratisch selbst zu bestimmen. Dazu sollte ein erprobtes Modell demokratischer Selbstverwaltung wieder eingeführt werden: die Gruppenuniversität mit Drittel- oder Viertel-Parität von Professor_innen, Mittelbau und Studierenden sowie (je nach Entscheidungsbereich) nichtwissenschaftlichen Beschäftigten.
- Im Gegenzug können die Entscheidungsbefugnisse von Hochschulpräsidien stark reduziert und die jüngst eingeführten Hochschulräte abgeschafft oder in ein rein beratendes Gremium überführt werden.
- Eine derart demokratisierte Hochschule kann sinnvollerweise in zentralen Angelegenheiten autonom gegenüber den Landesregierungen handeln, zumal in Berufungs- oder Einstellungsentscheidungen. Grundsätzliche Lehrleistungen müssen aber weiterhin auch durch Landes- und Bundesgesetze gewährleistet werden.
- Zu gewährleisten oder gezielt zu fördern ist nicht zuletzt der erweiterte Zugang sozial benachteiligter Gruppen zum Studium und zur Arbeit an Hochschulen, zum Beispiel durch Stipendien, Beratungen sowie Zusatzlehrrangebote. Dies ist die einzige Weise, in der sich erhöhte öffentliche Ausgaben für Hochschulen sozial verantwortbar gestalten lassen.

- Zur sozialen Öffnung zählt auch, dass die Durchlässigkeit zwischen Hochschulen und beruflicher (Aus-)Bildung erhöht wird oder geregelte Übergänge hierfür geschaffen werden. Deutschland hängt in diesem Punkt aufgrund starker ständischer Traditionen weit hinter anderen Ländern zurück.

C. Eine kooperative und demokratische statt einer status- und konkurrenzfixierten Wissensgesellschaft: langfristige Perspektiven

- Die oben genannten Ziele einer gesellschaftlich eingebetteten statt selbstbezüglichen, öffentlich zugänglichen statt nur privatwirtschaftlich nützlichen Wissenschaft bedürfen einer Reihe konkreter, gesetzlich zu regelnder Rahmenbedingungen. Dazu zählt in jedem Fall ein freier und gleichberechtigter Zugang zu den öffentlichen Gütern Wissen und Bildung an Hochschulen. Das bedeutet zweierlei:

- Ein gutes Studium muss formal wie bisher, real erstmalig allen Bevölkerungsschichten möglich sein, sofern diese die nötigen Grundfähigkeiten nachweisen können. Daher dürfen sich die Institutionen höherer Bildung nicht auf Exklusivität einrichten, sondern sollten ihr Angebot bei hoher Nachfrage jeweils erweitern können. Sie müssen zudem in der Lage sein, die unterschiedlichen Zielsetzungen der Studierenden (von der Berufsvorbereitung bis zur Ausbildung neuer Generationen von Wissenschaftler_innen) zu berücksichtigen.

- Die im Internetzeitalter überflüssig gewordenen Profite der Wissenschaftsverlage auf Kosten der Steuerzahler_innen und sonstiges institutionelles Privateigentum an Lehrmaterialien sind flächendeckend durch wissenschaftlich betreute Open-Access-Publikationen, die öffentliche Förderung von unkommerziellen Zeitschriften und öffentlich zugängliche Lehrangebote zu ersetzen.

- Auch für die Forschung ist ein Strukturwandel nötig, mit der schwierigen Aufgabe, zweckfreie Entdeckungsarbeit institutionell zu gewährleisten und demokratisch einzubetten. Indirekt könnten dem Maßnahmen dienen, die Statushierarchien und -wettbewerbe abbauen oder durch kollektive Entscheidungen ersetzen.

- Die akademische Beschäftigungsstruktur sollte von Hierarchien auf Kooperation umgestellt werden, mittelfristiges Ziel ist ein Absterben der Professuren zugunsten flexibel gestaltbarer Dauerstellen.

- Über Forschungs Großprojekte, die mit massiven Kosten verbunden sind und allgemein spürbare Folgen haben (Militärforschung, Risikotechnologien und Ähnliches), muss öffentlich debattiert und entschieden werden.

AUFGABEN FÜR DIE PARTEI DIE LINKE

Die wesentlichen Gestaltungspotenziale der Partei DIE LINKE liegen auf kommunaler und in einigen ostdeutschen Ländern auf Länderebene. Letztere ist, selbst wenn das Kooperationsverbot gelockert wurde, auch entscheidend für hochschulpolitische Initiativen. Es gibt mehrere gute Gründe, weshalb die Thematik, die bisher in der Partei eher ein Schattendasein führt, weit oben auf die Agenda gesetzt werden sollte – für bundespolitische Interventionen und landespolitische Gestaltungsarbeit. Ein Grund ist elementar. Die Studierendenzahlen wachsen, wie bereits erwähnt wurde, kontinuierlich. Zwischen dem Wintersemester 2000/01 und dem Wintersemester 2012/13 ist die Zahl der Studierenden um 38,9 Prozent gestiegen. Mittlerweile beginnt etwa die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium. Hochschulpolitik ist damit längst ein Mainstream-Thema, das einen Großteil der Bevöl-

kerung betrifft. Wissenschafts- und Hochschulpolitik ist Politik für breite Bevölkerungsschichten.

Der zweite Grund, gerade Hochschulpolitik zu betreiben, hat auch eine strategische Komponente. Es geht um die weiterhin recht geringe Attraktivität der oft als leicht verstaubt und altbacken geltenden Linken in intellektuellen, wissenschaftlichen, popkulturellen und kreativen Milieus. Doch genau diese sind von den beschriebenen Prekarisierungstendenzen (auch im Bereich Kultur, Dienstleistungen, Kreativindustrie) nicht nur betroffen, sondern beginnen derzeit an vielen Stellen, sich zu engagieren.⁸ DIE LINKE kann hier ernsthafte Bündnispartnerin von realen Bewegungen werden und deren Impulse unterstützen und umsetzen.

DIE LINKE kann auf Länderebene konkrete Alternativen zu den falschen bundespolitischen Weichenstellungen ausprobieren und umsetzen, besonders die skizzierten kurz- und mittelfristigen Ansätze. Dies gilt insbesondere für Thüringen und Brandenburg, wo DIE LINKE mitregiert. In Berlin wäre mit Bildungs- und Wissenschaftspolitik möglicherweise ein im urbanen Raum besonders zugkräftiges und Wählerstimmen generierendes Thema für die kommende Wahl zum Abgeordnetenhaus vorhanden. Kaum eine Stadt hat eine so reiche Bildungs- und Forschungslandschaft. Eine prominente Platzierung des Themas auf dem nächsten Bundesparteitag und die ideelle Eingliederung des Wissenschaftsprekariats in die aktuelle Kampagne «Das muss drin sein» zum Thema Prekarität könnten all diesen Handlungsvorschlägen den nötigen Nachdruck innerhalb der Partei verleihen.

Tilman Reitz ist Professor für Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Peter Ullrich ist Ko-Leiter des Forschungsbereichs «Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte» am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Beide Autoren sind Vertrauensdozenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und engagieren sich hochschulpolitisch, unter anderem gegen die Exzellenzinitiative. (<https://exzellenzkritik.wordpress.com/>)

1 Münch, Richard: Unternehmen Universität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2009, S. 10–16. 2 Rogge, Jan-Christoph: Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung, in: Soziale Welt 2/2015, S. 205–214; Rogge, Jan-Christoph: The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/2015, S. 685–707. 3 Demirović, Alex: Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen, Hamburg 2015. 4 Möller, Christina: Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren, Weinheim/Basel 2015; Graf, Angela: Die Wissenschaftselite Deutschlands. Sozialprofil und Werdegänge zwischen 1945 und 2013, Frankfurt am Main 2015. 5 Vgl. ausführlich dazu Ullrich, Peter: Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus, Beitrag in drei Teilen vom 9.5.2016, in SOZBLOG – Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, unter: <http://soziologie.de/blog/2016/05/prekaere-wissensarbeit-teil-1/>. 6 Für Ideen und Formulierungen in diesem Teil danken wir Silke van Dyk. 7 Dass die realen Stundenlöhne in der Bildungs- und Wissensarbeit selbst vor Steuerabzug oft unter dem Mindestlohn liegen, wurde jüngst dokumentiert. Vgl. Netzwerk «Prekäres Wissen»: Honorare in der Bildungsarbeit und tatsächliche Stundenlöhne. Beitrag vom 7.3.2016, unter: <https://prekaereswissen.files.wordpress.com/2014/03/report-2016-03-07.pdf>. 8 Ullrich: Prekäre Wissensarbeit.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 13/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juni 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling